

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat Würzburger Landstr. 18 91522 Ansbach
info@offene-linke-ansbach.de www.offene-linke-ansbach.de

Ansbach, 11.05.2010

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Ansbach
Frau Carda Seidel
Joh.-Seb.-Bach-Platz 1
91522 Ansbach

Dringlichkeitsantrag: Aktuelle Entwicklungen am Urlas

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

es wird beantragt, folgenden dringlichen Beschlussvorschlag im Rahmen der Sitzung des Ansbacher Stadtrates am 18.05.2010 zu behandeln:

Die Stadt Ansbach wirkt auf das Staatliche Bauamt Nürnberg ein, alle Bauarbeiten an der geplanten Militärsiedlung am Urlas anzuhalten, bis hinsichtlich des Anschlussknotens am Windmühlberg das Planfeststellungsverfahren, das Landbeschaffungsverfahren sowie ein etwaiges Enteignungsverfahren abgeschlossen sind. Hinsichtlich weiterer beabsichtigter Bauabschnitte wirkt die Stadt Ansbach für die Dauer dieser Zeit auf ein Planungsmoratorium hin.

Begründung:

Seit Veröffentlichung der Baupläne für eine umzäunte Siedlung des US-Militärs auf dem Urlas im Jahr 2006 tauchen immer wieder Unklarheiten, Planänderungen und wechselnde Baulastträgerschaften auf, insbesondere im Hinblick auf die nach wie vor ungelöste Verkehrserschließung. Unbeirrt dessen lässt das Staatl. Bauamt Nürnberg (StBaN) im Auftrag der US-Armee neben dem 1. BA ein riesiges Einkaufszentrum, ein Hotel und jetzt – wie im Rahmen der Sitzung des Bauausschusses am 10.05.10 bekannt geworden – eine Tankstelle am Urlas genehmigen.

Die vom Bauausschuss in seiner Sitzung vom 09.11.09 beschlossene Ablehnung der Genehmigung des Einkaufszentrums solange kein tragfähiger Verkehrsanschluss gegeben ist, hat seine Wirkung allen Anschein nach verfehlt. Das StBaN sieht eine Ampelanlage auf der vierspurigen B14 offenbar als „tragfähig“ an. Sollte der 1. BA wie angekündigt bereits diesen Sommer bezogen werden, ist das Verkehrschaos vorprogrammiert.

Auch der Stadtratsbeschluss vom 28.07.09, wonach die Stadt Ansbach die Baulastträgerschaft für den Anschlussast des Knotens zum Urlas unter Bedingungen übernahm, ist inzwischen hinfällig. Plötzlich soll nun der

Bund die Baulast dieser –dann nicht öffentlich gewidmeten- Straße tragen. Das bedeutet, dass zusätzlich ein Landbeschaffungsverfahren nach §1 LandbeschG mit etwaigem Enteignungsverfahren gegen die Grundbesitzer nötig macht. Eine weitere erhebliche Verzögerung des Anschlussknotens bis zumindest 2013 ist somit nicht mehr abzuwenden, nachdem dieser nach ursprünglicher Planung bereits Ende 2008 in Betrieb gehen sollte. Neben den immensen Kosten, die die Steuerzahler für den Anschluss der US-Siedlung zu tragen haben, soll entgegen früherer Aussagen der Bauämter die Stadt Ansbach nun direkt für das Knotenprojekt bezahlen. Zudem hat der Bund bisher keinen Cent für den Anschluss bereitgestellt.

Dass die Uras-Siedlung der Stadt Ansbach nicht nützt, sondern vielmehr schadet, steht außer Zweifel. Dass durch die fortgesetzte Salami-Taktik von US-Armee und StBaN, durch unbedachtes Fakten-Schaffen ohne Rücksicht auf sich ändernde Einflussfaktoren Verkehrsteilnehmer gefährdet und Ansbach über Monate, wenn nicht Jahre von Nordosten her nur noch im Stau zu erreichen ist, werden Grenzen einer Fehlentwicklung für unsere Stadt erreicht, die der Stadtrat versuchen muss zu korrigieren und zum jetzigen Zeitpunkt noch korrigieren kann. Die Behandlung des Beschlussvorschlags ist daher dringlich.

Die Umsetzung dieses Beschlusses würde alle am Verfahren Beteiligten die Möglichkeit eröffnen, erstmals ihre vier Jahre alten Pläne einer ganzheitlichen Plausibilitätskontrolle zu unterziehen und ernsthaft nach Alternativen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu suchen.

Mit freundlichen Grüßen

Boris-André Meyer
Stadtrat
Offene Linke Ansbach e.V.